

# GEW aktiv

zur Personalratswahl

Informationen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Kreisverbände Marburg und Biedenkopf

## Personalräte: aktiv für unsere Interessen



Fotos:  
Erich  
Schumacher

**GEW**

### und mittendrin!

Kundgebung Marburg Marktplatz am 17.3.12: Gesundheit ist keine Ware - Solidarität mit den Beschäftigten des Uniklinikums.



DEMOKRATISCH  
KOMPETENT  
STREITBAR

**GEW**

PERSONALRATSWAHL 2012

Liste 1

# Inklusion eine Illusion?

**Es herrscht noch immer große Verunsicherung: Wie soll das neue Hessische Schulgesetz, nach dem formal eine inklusive Beschulung möglich ist, in der Schulpraxis und im Schulalltag umgesetzt werden... Was ist von der Gebrauchsanleitung dieses Gesetzes zu halten, die als Entwurf einer Verordnung vorliegt?**

**J**ohannes Batton, Initiator des Allendorfer Appells, der tausende von Unterschriften erhielt, formulierte es auf der GEW -Fortbildung so: „...Inklusion ist keine Illusion. Inklusion ist in einer demokratischen Gesellschaft eine Notwendigkeit. Sie ist nicht erst seit der Ratifizierung der UN-Konvention ein menschenrechtliches Erfordernis und eine verpflichtende Zukunftsaufgabe.

Doch steckt der Prozess des Umbruchs der sonderpädagogischen Förderung, in dem wir uns gerade befinden, voller Illusionen, weniger solchen allerdings, die sich Kolleginnen und Kolleginnen machen, - die sehen die Sache, so glaube

ich, mehr oder weniger illusionslos -, sondern vor allem von solchen, die von Seiten des HKM und der Schulbehörden i.S. von Trugbildern erzeugt werden...“

Inklusion erfordert ein Umdenken in der Gesellschaft. Auf dem Weg zu einem inklusiven Bildungssystem sind konkrete Maßnahmen seitens der Bildungspolitik der Bundes- und Landesregierungen, der Schulbehörden sowie aller in Schule agierenden Menschen gefragt. Es reicht nicht aus, ein Gesetz zu schreiben, das Inklusion als Option ermöglicht, ein solches Gesetz muss auch mit „Leben und Moneten“ ausgestattet werden.



Über 80 Kolleginnen und Kollegen diskutierten kritisch in der THS über das Machbare und das Wünschenswerte für eine inklusive Beschulung.

Um die „Inklusionspassagen“ des Schulgesetzes besser zu verstehen und den Entwurf der Verordnung ansatzweise zu erklären, bildeten sich während der Fortbildung vier Workshops mit un-

terschiedlichen Themenschwerpunkten (siehe. Kasten).

**➔ Das vollständige Referat von J.Batton unter: [www.gew-marburg.de](http://www.gew-marburg.de)**

**Workshop 1 :**

**Die neue Rolle der BFZs**

Expertin: Rosemarie Schrader-Klodt, BFZ - Koordinatorin, Rotenburg a.d.Fulda

**Workshop 2:**

**Herausforderungen für die Grundschulen ?**

Experte: Peter Martin Stier, Förderschulrektor Landgräfin - Elisabeth - Schule

**Workshop 3:**

**Was kommt auf die weiterführenden Schulen zu?**

Experten: Sven Hopf und Olaf Hänsel, Wollenbergschule Wetter

Expertin: Anne Roggenkamp, Leiterin flexible Unterstufe Gesamtschule Niederwalgern

**Workshop 4:**

**Integration > Inklusion, ein Paradigmenwechsel**

Expertin: Monika Frobel, Dipl. Sozialpädagogin, Erich-Kästner-Schule Mar-



## Wenn der Wind der Erneuerung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen. (altes chinesisches Sprichwort)

Rosemarie Schrader-Klodt, BFZ Koordinatorin, stellte anhand der Textpassagen aus dem Schulgesetz und dem Entwurf der Verordnung die den Beratungs- und Förderzentren zugedachte Rolle vor. Dabei kämen auf die Förderschullehrer sehr viel Bürokratie und Organisationsaufgaben zu, das Fördern von Kindern stehe nicht mehr im Fokus der BFZ-Lehrkräfte.

Als Forderungen aus dem Workshop „Was kommt auf die Grundschulen zu“, mit Peter Martin Stier, Förderschulrektor an der Landgräfin Elisabeth Schule in Stadtallendorf, wurde formuliert:

- 1. An den Grundschulen vorhandene Förderlehrerinnen und Förderlehrer sowie die Förderstunden (GU-Stunden) sollen dort verbleiben.**
- 2. Es müssen mehr Ressourcen für Fördermaßnahmen zur Verfügung**

**gestellt werden.**

- 3. Die Unterrichtsstunden mit Kindern mit Förderbedarf müssen doppelt besetzt werden mit einem festen Team.**

Sven Hopf und Olaf Hänsel stellten die Zusammenarbeit von Förderschule und der Gesamtschule Wetter vor. Anne Roggenkamp berichtete über das Modell an der Gesamtschule Niederwalgern. Beide Schulen haben durch die direkte Nachbarschaft von Allgemeiner Schule zur Förderschule an ihrem Standort besondere Bedingungen, - hier werden gemeinsame Schritte in Richtung Inklusion ausprobiert, die ermutigen, diesen Weg weiterzugehen, aber auch die Problemlagen sichtbar werden lassen. Nicht unbedingt übertragbar sind Rahmenbedingungen auf andere Schulstandorte.



Fotos: Erich Schumacher

In einer anschaulichen Power-Point-Präsentation ging Monika Frobel in ihrem Workshop auf die Begrifflichkeiten von Selektion, Integration und Inklusion ein, stellte einen historischen Rückblick vor und erläuterte die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die für einen Paradigmenwechsel unbedingt nötig sind, um z. B. Diskriminierungen künftig abzubauen.

Hartmut Möller, der die Fortbildung moderierte, versprach, Ergebnisse und Materialien dieser Fortbildung auf die homepage der GEW-Marburg zu stellen: >>> [www.gew-marburg.de](http://www.gew-marburg.de)

„Wenn eine Landesregierung die UN-Charta in ihr Schulgesetz überträgt, dann darf es nicht bei Paragraphen bleiben und bürokratische Monster in Verordnungen getextet werden, - wer es wirklich ernst meint mit Inklusion, der muss als

Regierung einen Stufenplan auflegen, der über 5, 10, 15 Jahre zusätzliche Personalentwicklung aufnimmt, die Lehrerausbildung in diesem Zusammenhang neu ausrichtet und der mit den Schulträgern die baulichen Voraussetzungen in den Schulgebäuden schafft, damit diese barrierefrei zugänglich sind und eine Infrastruktur aufweisen, die Inklusion möglich macht“, forderte Hartmut Möller. „Nur wenn alle in Schulen konkret erfahren, dass sie in dem Projekt Inklusion wirksame Unterstützung bekommen, - nur dann wächst überhaupt die Offenheit, inklusive Schritte zu gehen“, so Möller abschließend.

Die GEW setzt sich für eine gelingende Inklusion ein und fordert zugleich die notwendigen Rahmenbedingungen ein, so auch auf einer Kundgebung vor dem Hessischen Kultusministerium am 27. März. in Wiesbaden.

### Impressum

Herausgeber:  
GEW-Kreisverbände  
Marburg und Biedenkopf  
Schwanallee 27 - 31, 35037 Marburg  
Telefon: 06421 - 21812  
Fax: 06421 - 164532  
e-mail: [gew-marburg@t-online.de](mailto:gew-marburg@t-online.de)  
Layout: Erich Schumacher  
Druck: Druckhaus Marburg  
Auflage: 4000

### Das Redaktionsteam dieser Ausgabe

Hartmut Möller  
Angelika Gerschlauer  
Jürgen Hahn-Schröder

Briefe an die Redaktion:

 [gew-aktiv@web.de](mailto:gew-aktiv@web.de)

# Eine Bankrotterklärung - zur neuesten Inklusions-Presseerklärung aus dem Kultusministerium

**Kultusministerin Henzler geht unbeirrt weiter auf ihrem schlechten Weg der Verhinderung der Inklusion. Noch so viele Zahlenspiele, noch so viel Wortgeklingel und Selbstbeweihräucherung - inzwischen zum unverkennbaren Markenzeichen dieses Ministeriums geworden - können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Hessens Antwort auf die Inklusionsverpflichtung der Behindertenrechtskonvention ein krudes Sparkonzept ist.**

Wer hinter die Fassade schaut, erkennt in der neuesten Pressemitteilung des Ministeriums vom 19.3.2012 (zur Inklusion) eine verklausulierte Bankrotterklärung. Die Förderschulquote - so lautet das von der Ministerin hier erklärte Ziel für die nächsten Jahre - soll von 4,4 auf 4 Prozent der schulpflichtigen Kinder abgesenkt werden. Statt (grob geschätzt) 23 000 Kindern werden also, wenn alles so klappt, wie die Ministerin anstrebt, nach Ablauf der nächsten Jahre „nur“ noch 21 000 Kinder die Förderschule besuchen - wahrhaft kein ehrgeiziges Ziel.

Viele von diesen Kindern werden die Förderschule besuchen müssen, weil Hessen nicht bereit ist, wozu es verpflichtet wäre: die notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen, um jedem Kind unabhängig von Art und Schweregrad der Behinderung einen Platz in der Regelschule zu garantieren und gleichzeitig angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des Einzelnen zu schaffen. Das genau fordern nämlich die Behindertenrechtskonvention der UN und das entsprechende deutsche Gesetz. Dazu ist Hessen jedoch nicht bereit. Deshalb wurde ein (rechtswidriger) Ressour-

cenvorbehalt ins Schulgesetz geschrieben, der auch weiterhin die (rechtswidrige) Zwangseinweisung von Kindern in die Förderschule ermöglichen soll.

Andere Kinder werden die Förderschule „freiwillig“ besuchen, weil die Standards für die sonderpädagogische Förderung in der Regelschule (Klassengröße, zusätzliche Förderschullehrerstunden) nach den Plänen des Ministeriums so viel schlechter sein werden als zu Zeiten des gemeinsamen Unterrichts, dass die Eltern die ministeriell organisierte Beschämung ihrer Kinder in der Regelschule nicht mit ansehen können und aus diesem Grund letztlich die Förderschule anwählen.

**Frau Ministerin: Wir wollen, dass Inklusion gelingt. Sorgen Sie also für angemessene Bedingungen. Sorgen Sie für kleine Klassen und mehr Lehr- und Fachkräften in den Schulen. Ändern Sie Ihr Schulgesetz und ziehen Sie den Verordnungsentwurf zurück! Beginnen Sie endlich ernsthaft damit, die UN-Konvention und das Menschenrecht auf Inklusion umzusetzen.**

Johannes Batton





Schulleiterinnen und Schulleiter  
von Grundschulen:

## Offener Brief zur inkluisiven Bildung

Weit über 40 Grundschulleiterinnen und Grundschulleiter aus dem Landkreis Marburg - Biedenkopf haben sich einem Offenen Brief von Schulleiterinnen und Schulleitern aus dem Lahn Dill-Kreis angeschlossen, der in einer Großanzeige im Herborner Tageblatt am 17.3.2012 veröffentlicht wurde.

Aus dem Offenen Brief an Kultusministerin Henzler können wir hier nur auszugswise zitieren:

„Wir, die Unterzeichner, begrüßen die Entwicklung hin zu einer inklusiven Beschulung....Seit Jahren unterrichten wir im „Gemeinsamen Unterricht“ Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Förderlich für erfolgreiche Lern- und Arbeitsbedingungen ist dabei die Begrenzung der Klassengrößen auf max. 20 Kinder...

Kinder brauchen zunehmend individuelle Zuwendung und Förderung.

**Deshalb ist es uns absolut unverstänlich und keinesfalls zu vertreten, dass mit der Einführung der Inklusion in Hessen die Bedingungen für die gemeinsame Beschulung behinderter und nicht behinderter Kinder weiter verschlechtert werden sollen:**

Die Klassengrößen sollen jetzt wieder auf 25 anwachsen dürfen, die Sprachheilklassen sollen ganz wegfallen, die Stundenzuweisung für Förderschullehrkräfte wird weiter reduziert...

Viele betroffene Eltern und engagierte Lehrkräfte fühlen sich vor den Kopf gestoßen:

Inklusion ist ein qualitativer Schritt über Integration hinaus !...“

Die Schulleiter fordern eine aktive Beteiligung am Prozess der Umsetzung der Inklusion. Weiter fordern sie:

- „Eine ausreichende personelle Versorgung für inklusiv arbeitende Schulen...
- ...Begrenzung der Klassengrößen auf 16 bis max. 20 Kinder...
- Ausreichende Fachkräfte (Lehrkräfte und päd. Fachkräfte) in den Inklusionsklassen...
- Die Aufrechterhaltung der Sprachheilklassen...
- Einen zeitlichen Ausgleich für ...Teamarbeit...
- Wegfall der zunehmenden Bürokratisierung durch die Förderausschüsse.“

Wir sind überzeugt, dass Inklusion nur unter diesen Bedingungen gelingen und Schulen nur so allen Kindern gerecht werden kann.“

Die Schulleiterinnen und Schulleiter der aus dem Landkreis Marburg - Biedenkopf planen ebenfalls diese Forderungen in der örtlichen Presse zu veröffentlichen.



# Kundgebung in Wiesbaden: Bedingungen für gelingende Inklusion bereitstellen!



Kolleginnen und Kollegen aus unserem Landkreis vor dem Haupteingang zum Kultusministerium.

## Anlässlich der Kundgebung am 27. März von Schülern, Eltern und Gewerkschaftern vor dem Hessischen Kultusministerium erklärt Jochen Nagel, Vorsitzender der GEW Hessen:

„Mit bunten Blumen, Musik und vor allem viel Kritik haben heute rund 600 Menschen vor dem hessischen Kultusministerium demonstriert. Gemeinsam mit der GEW forderten sie ein sofortiges ‚Frühlingserwachen‘ im Kultusministerium. Dieses soll endlich wahrnehmen, dass Inklusion ein Menschenrecht ist, das allen Kindern in Hessen zusteht. Deshalb darf die Landesregierung dieses Recht nicht unter ‚Ressourcenvorbehalt‘ stellen, sondern muss genügend Mittel und Personal für gelingende Inklusion bereitstellen“, so Nagel.

„Gemeinsam stellen wir uns dem Versuch entgegen, auf dem Hintergrund unzureichender Bedingungen, ja, sogar weiterer Verschlechterungen den Schulen den Schwarze Peter für die unzureichende Verwirklichung des Menschenrechts auf Inklusion zuschieben zu wollen. Es wird der Landesregierung nicht gelingen, einen Keil zwischen Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräf-

te einerseits sowie Schüler und Eltern andererseits zu treiben. Deshalb kämpfen wir als GEW gemeinsam mit Betroffenen, regionalen Initiativen, Eltern und Schülern für gelingende Inklusion. Wir lassen uns nicht spalten! Menschenrechte gehen alle an!“, so Nagel abschließend. In diesem Kontext wurde auf einer Fachtagung zur Inklusion am 22. März 2012 auf Initiative der GEW Hessen ein erster Schritt in Richtung dauerhafter Vernetzung von Schülern, Eltern, Initiativen und GEW getan und ein „Runder Tisch Inklusion Hessen“ verabredet, der ab sofort regelmäßig die Politik der Landesregierung kritisch kommentieren und die Einhaltung der UN-Behindertenrechtskonvention durchsetzen helfen soll.

Mit einem Bus aus Marburg waren auch Kolleginnen und Kollegen aus unserer Region vor dem Kultusministerium und dekorierten symbolisch mit gelben mit Stiefmütterchen den Luisenplatz.



Kritische Worte, toll vorgetragen, von der Landesschülersprecherin an Frau Henzler. Um den Text "Für gelingende Inklusion!" wurden im Kreis auf dem Luisenplatz Stiefmütterchen platziert (unten).



Eine Videoaufzeichnung der Demonstration vor dem Kultusministerium: <http://www.youtube.com/watch?v=eW4--KMSpbg>



# Gesundheit ist keine Ware! Macht unsere Kliniken nicht kaputt!

Über 2500 Menschen demonstrierten am Samstag, den 17. März quer durch Marburg zum Marktplatz und protestierten gegen den geplanten Stellenabbau und für die Erhaltung einer qualitativ hochwertigen Patientenversorgung.

Eine Marburgerin, Frau Scherer, hatte diese große Demonstration ins Rollen gebracht, es fand sich ein Bündnis zusammen aus Patienten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, von der Reinigungskraft bis zum ärztlichen Direktor aus allen Bereichen der Kliniken in Marburg und Gießen, Gewerkschaften, Parteien und Bürgerinitiativen.

Die Betriebsratsvorsitzende Bettina Böttcher bedankte sich für die überwältigende Solidarität und schilderte das Verhandlungspoker mit dem Aufsichtsrat.

Auf Initiative der GEW hat auch der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer einstimmig eine Solidaritätserklärung an den Betriebsrat des Klinikums verabschiedet (siehe Kasten). Die GEW ruft weiter dazu auf, das Bürgerbegehren, auch online, zu unterstützen: [www.buergerbegehren-marburg.de](http://www.buergerbegehren-marburg.de).

Die GEW ruft weiter dazu auf, das Bürgerbegehren, auch online, zu unterstützen: [www.buergerbegehren-marburg.de](http://www.buergerbegehren-marburg.de).



Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen der Unikliniken Gießen und Marburg, die von Arbeitsplatzabbau bedroht sind, zeigten alle DGB - Gewerkschaften.

## Solidaritätserklärung des Gesamtpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer mit den Beschäftigten der Universitätskliniken Gießen - Marburg (UKGM)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt für den Landkreis Marburg - Biedenkopf unterstützt die Beschäftigten des Universitätsklinikums Gießen - Marburg ausdrücklich in ihren Aktivitäten, die auf den Erhalt und Ausbau der Arbeitsplätze in den Kliniken abzielen. Wir teilen die Auffassung, dass singuläre Geschäftsinteressen keinesfalls zu einer Minderung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung, von universitärer Lehre und Forschung und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten - zugunsten privaten Gewinnstrebens - führen dürfen.

Angelika Gerschauer  
Vorsitzende

Hartmut Möller  
stellv. Vorsitzender



Fotos: Erich Schumacher

# Wir für Euch!



## Beratung: Kompetent und vertraulich !

Angelika Gerschauer  
Vorsitzende des GPRLL  
Europaschule Gladenbach

Ein wesentliches Element von Personalratsarbeit ist die Beratung von Kolleginnen und Kollegen, die mit ihren Problemen an ihrer Schule allein nicht mehr weiter kommen. In vielen Fällen brauchen sie rechtliche Auskunft, ein vermittelndes Gespräch mit der Schulleitung oder im Schulamt. Wir nehmen die Probleme ernst.

Wir beraten Schulpersonalräte vor Ort und stehen auf Wunsch bei einer Personalversammlung zur Verfügung. In der Regel treffen sich alle zwei Monate Personalräte kleiner Schulen zur kollegialen Beratung über aktuelle Probleme. Gerade die „Einer“ - Personalräte haben oft keine Möglichkeit sich im vertrauten Rahmen auszutauschen und sich professionell Rat und Unterstützung zu holen.



## Schulentwicklungsplanung: Bei Entscheidungsprozessen demokratische Strukturen beachten!

Maria Jacobsohn  
Grundschule Marbach

Der Schulentwicklungsplan für Marburg muss aktualisiert werden. Planungsabsicht des Städtischen und des Staatlichen Schulamtes ist es, wegen sinkender Schülerzahlen, Schulen zusammenzulegen. So ist es geplant, aus mehreren kleinen an verschiedenen Standorten befindlichen Grundschulen, wie die in Cyriaxweimar, Einhausen und Wehrshausen, einen Schulverbund zu machen. Die GEW befürwortet grund-

sätzlich den Erhalt kleiner ländlicher Schulen. Dabei wird es aber notwendig sein, die wohnortnahe Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit einer pädagogisch vernünftigen Klassenbildung zu verbinden. Außerdem sollten alle demokratischen Gremien wie Elternverbände, Personalräte, Schulkonferenzen an den Entscheidungsprozessen bei der Planung und Durchführung solcher Zusammenlegungen nicht nur angehört, sondern konkret beteiligt werden.



## Arbeitsschutz gibt es nicht zum Nulltarif

Wiltrud Lambinet-Potthoff  
Mitglied im GPRLL  
GS Niederwalgern

Arbeitsschutz ist eine der Aufgaben, mit denen sich Schulen zunehmend beschäftigen (müssen). Arbeitsschutz ist an Schulen ein ebenso wichtiges Thema wie in Betrieben. Das Problem liegt darin, die Arbeitsschutzbestimmungen, die eigentlich für Betriebe gemacht sind, auf Schulen zu übertragen. Schulen sind keine Betriebe - das wird auch in diesem Zusammenhang wieder deutlich. Die GEW vertritt mit ihren VertreterInnen in den Arbeitsschutzausschüssen an den

Staatlichen Schulämtern die Interessen der Kolleginnen und Kollegen im Bereich des Arbeitsschutzes. Arbeitsschutz an Schulen kann es - genauso wenig wie in Betrieben - nicht zum Nulltarif geben. Wir setzen uns für eine ausreichende Ausstattung der Schulen mit Ressourcen für die Etablierung und Einhaltung des Arbeitsschutzes ein. Die GEW wird ihre Aufklärungs- Fortbildungs- und Schulungsarbeit für Funktionsträger, Personalräte und Kolleginnen und Kollegen fortsetzen und intensivieren.



## Reisekosten beantragen!

Heike Hüppner  
Stadtschule Biedenkopf

Reisekostenerstattung nach dem Hessischen Reisekostengesetz können Lehrkräfte bei allen genehmigten Dienstreisen beanspruchen. Immerhin wurden die dreisten Verzichtserklärungen“ für Reisekostenansprüche im Rahmen von Klassenfahrten nach jahrelangen Protesten hessenweit außer Kraft gesetzt. Die entstandenen Kosten bei Klassenfahrten für Lehr-

kräfte und Begleitpersonen werden nun grundsätzlich zu einem Tagessatz von 20,- Euro (innerhalb Deutschlands) erstattet, wenn ein Antrag gestellt wurde. (Antragsformulare gibt es in den Schulen oder beim Schulamt). Diese Kosten auf Schüler oder Eltern umzulegen, ist in keinem Fall zulässig. Die GEW ruft die Lehrkräfte auf, Reisekosten zu beantragen und auf einen Bescheid innerhalb sechs Wochen zu bestehen.



## Personalräte vertreten deine Interessen!

Hille Kopp-Ruthner  
Mitglied im GPRLL  
Kaufmännische Schulen Marburg

Personalräte geben den Beschäftigten eine Stimme gegenüber der Dienststellenleitung. Schulpersonalräte wie Gesamtpersonalräte begleiten die Personalplanung und Stellenbesetzung und achten dabei auf

Gleichbehandlung. Wir kontaktieren die Betroffenen und versuchen, ihre Wünsche mit dem Staatlichen Schulamt zu realisieren. Unser Ziel besteht darin, für unsere Kolleginnen und Kollegen das Beste herauszuholen.



# Position beziehen:



## Inklusion in Hessen - kannste vergessen!

Hartmut Möller  
Stellv. Vorsitzender GPRLL  
Landgräfin-Elisabeth-Schule

Die Unzufriedenheit im Umgang mit der Einführung der Inklusion in das hessische Bildungssystem wächst, der Protest wird lauter und lauter und die Schallwellen des Protests erreichten schon den Luisenplatz in Wiesbaden: trotz verschlossener Fenster wurden sie von der Ministerin wahrgenommen. Sie reagierte mit einer Pressemitteilung und rechtfertigt ihr Regierungshandeln, das mit einem Nullsummenspiel Inklusion angeblich schon in Teilbereichen möglich

machen soll.

Wer ernsthaft die UN-Konvention auf die Bildungslandschaft in Hessen übertragen will, der muss ein Konjunkturprogramm, gestaffelt auf 5, 10, 15 Jahre...auflegen und

zusätzliches und qualifiziertes Personal einstellen und die Infrastruktur der Schulgebäude barrierefrei umbauen. Dieses Handeln erfordert ein Umdenken in unseren Köpfen und emotionale Bereitschaft in unseren Herzen, - für alle unsere Kinder!



## Bildung ist keine Ware!

Hans Braun  
Wollenbergschule Wetter

Im Zuge der Umsetzung des internationalen GATS-Abkommens sollen nach Post, Verkehr, Telefon etc. auch das Gesundheitswesen, die sozialen Sicherungssysteme und das Bildungswesen privatisiert werden. Der Prozess dazu ist längst im Gange und die Folgen sind ganz aktuell z.B. am privatisierten Uni-Klinikum Gießen-Marburg erkennbar.

Genauso steckt hinter der unzureichenden Finanzierung im Bildungsbereich, dessen Vermarktung den privaten

Bildungsanbietern Milliarden Gewinne verspricht, die Absicht, das öffentliche Schulwesen auszuhungern, um die Privatisierung voranzutreiben. Mit Vergleichsstudien werden die Schulen unter Druck gesetzt, ihren Schülern nur noch die von der Wirtschaft gewünschten Lerninhalte zu vermitteln, die am Ende abgetestet werden: die so genannten Kompetenzen. Dazu werden Schüler, Lehrkräfte und Schulen in Konkurrenz- und Wettbewerbssituationen getrieben.

**Sieger sein müssen ist keine Alternative zum Menschsein, Wettkampf keine Alternative zur Pädagogik!**



## „Selbstständige“ Schulen: Kooperation statt Konkurrenz

Friedhard Werner  
Mitglied im GPRLL  
Adolf-Reichwein-Schule

Eine Verwaltung des Mangels lehnen wir ab. Schulische Grundsatzentscheidungen werden in erster Linie unter pädagogischen und nicht unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten getroffen. Wir wollen keine Verkürzung der Ergebnisse unserer pädagogischen Arbeit auf messbare und damit scheinbar vergleichbare Leistungsdaten und sind uns der Komplexität von Erziehungs-

und Bildungsprozessen bewusst. Die Ausweitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse lehnen wir ab. Wir wollen keine Stärkung der Schulleiterin bzw. des Schulleiters, sondern der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Kollegien und der Personalräte. Eine Konkurrenz der Schulen untereinander (wie sich jetzt bei den Selbständigen Beruflichen Schulen abzeichnet) halten wir für fatal und setzen eher auf Kooperation.



## Vernetzung der verschiedenen Bildungsbereiche

Joana Becker  
Grundschule Anzefahr - Niederwald

Grundsätzlich bin ich sehr an einer stärkeren Vernetzung der verschiedenen Bildungsbereiche interessiert. Konkret: Die Zusammenarbeit von Schulen und Uni, bzw. Studienseminaren. Die Praktika in der 1. Ausbildungsphase sind für eine erste Orientierung in dem Berufs-

feld Schule sehr wichtig. Problematisch finde ich, dass die künftigen LiV kaum noch Gelegenheit zur kollegialen Beratung bekommen, sondern fast jeder Unterrichtsbesuch gleich benotet wird. Dieser Notenstress lässt keine realitätsnahe Lehrerausbildung mehr zu!



## Arbeitsplatz: Für einen toleranten und kollegialen Umgang

Uwe Lang  
Gewerkschaftsbeauftragter im GPRLL  
Berufliche Schulen Biedenkopf

Nur wer sich am Arbeitsplatz wohl fühlt, ist den Anforderungen einer Lehrerin/eines Lehrers gewachsen.

Anderen zuhören, sich in ihre Lage versetzen, mit ihnen nach Lösungsmöglichkeiten suchen, vor allem in sozialen Konflikten, setzt voraus, dass man selbst

am Arbeitsplatz in einem funktionierenden sozialen Netz eingebettet ist.

Mobbing darf hier keinen Platz haben. Deshalb entwickelt der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer eine Dienstvereinbarung mit dem Staatlichen Schulamt zur Vermeidung von Mobbing und Bossing in der Schule.



### G 8 - ein pädagogischer Unfug

Jürgen Hahn-Schröder  
Mitglied im GPRLL  
Elisabethschule Marburg

Wir sind gegen Zeitraub in der institutionalisierten Form von G 8 - welchen Sinn macht weniger Schulzeit, wenn wir in der Schule immer mehr gesellschaftliche Aufgaben bewältigen sollen ? - und sehen uns damit auf dem Holzweg, der für allzu

viele Schülerinnen und Schüler zu nachhaltigen Beschädigungen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung und ihren Bildungskarrieren führt. Wir sind für die Freiheit der Wahl zwischen G 8 und G 9 auch der Gymnasien, jedenfalls solange es den pädagogischen Unfug von G 8 gibt.



### Den Kolleginnen und Kollegen den Rücken stärken!

Katharina Denig  
Alfred-Wegener-Schule Kirchhain

Neue Dienstordnung, Bildungsstandards, Inklusion, die Landesregierung geht davon aus, dass wir das schon irgendwie und vor allem ohne zusätzliche Mittel schlucken werden. Lehrerinnen und Lehrer dürfen sich da nicht als Einzelkämpfer fühlen. Nur durch gemeinsames Handeln kön-

nen wir für mehr Ressourcen für notwendige und sinnvolle Veränderungen im Bildungsbereich kämpfen und unzumutbare Mehrbelastungen oder Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abwehren. Für mich bedeutet Personalratsarbeit, den Kolleginnen und Kollegen vor Ort dafür den Rücken zu stärken.

### Weitere Kandidatinnen auf der GEW-Liste der Beamtinnen:

- |                         |                                      |
|-------------------------|--------------------------------------|
| Maria Jacobsohn         | Grundschule Marbach                  |
| Heike Hüppner           | Stadtschule Biedenkopf               |
| Eva Mannshardt          | Wollenberg Schule Wetter             |
| Frauke Widdascheck      | Martin-Luther-Schule                 |
| Martina Kattenborn      | Grundschule Rauschenberg             |
| Monika Holzhausen       | Gesamtschule Neustadt                |
| Heidrun Otte- Heiderich | Berufliche Schulen Kirchhain         |
| Vera Hienz              | Mittelpunktschule Hartenrod          |
| Sigrid John-Flöter      | Grundschule II Stadtallendorf        |
| Eva Hahn                | Elisabethschule Marburg              |
| Ute Schneider           | MPS Oberes Perftal Breidenbach       |
| Marion Hemme-Kreutter   | Brüder-Grimm-Schule                  |
| Susanne Branski         | Richtsberg-Gesamtschule              |
| Ingeborg Werterbach     | Emil-von-Behring-Schule              |
| Mareike Bogislav        | Georg-Büchner-Schule Stadtallendorf  |
| Christiane Herbert      | Freiherr-vom-Stein-Schule Gladenbach |

### Weitere Kandidaten auf der GEW-Liste der Beamten:

- |                 |   |
|-----------------|---|
| Timo Steinert   | Adolf-Reichwein-Schule Marburg            |
| Stefan Höhbusch | Martin-Luther-Schule Marburg              |
| Dieter Treffler | Perftalschule Steffenberg                 |
| Michael Weller  | Gesamtschule Niederwalgern                |
| Kevin Kirchner  | Alfred - Wegener - Schule Kirchhain       |
| Ulf Köster      | Georg-Büchner-Schule Stadtallendorf       |
| Gerd Adrian     | Gesamtschule Ebsdorfergrund               |
| Rainer Herrmann | Gymnasium Philippinum                     |
| Thomas Gelis    | Landgräfin-Eisabeth-Schule Stadtallendorf |
| Mark Brehmer    | Grundschule Münchhausen                   |
| Helmut Bauer    | Hilda-Heinemann-Schule                    |
| Bernd Pfalzgraf | Kaufmännische Schulen Marburg             |

### Liste der Arbeitnehmerinnen:

- |                  |  |
|------------------|--|
| Denise Kuhnt     | Mosaikschule                           |
| Elke Eckert      | Kaufmännische Schulen Marburg          |
| Anneliese Dehmel | Astrid Lindgren Schule, Stadtallendorf |

### Liste der Arbeitnehmer:

- |                |                                      |
|----------------|--------------------------------------|
| Adnan Yildirim | Burgberg-Schule Friedensdorf         |
| Alfred Sälzer  | Alfred - Wegener - Schule Kirchhain  |
| Helmut Jäckel  | Freiherr-vom-Stein-Schule Gladenbach |





## Die Glosse für die Parkplatzglosse

# Vom grünen Tisch: Grüner Bürgermeister noch grün...?

Da hat man doch mal wieder am grünen Tisch was Grünes überlegt: wie zaubern wir aus einem alten Hut neues Gut? ...oder war es ein grüner Stammtisch?

Um die Parkplatzsituation in Marburg geht es. Alle zentralen Parkplätze sollen bewirtschaftet werden. Nein, nicht mit Kneipen und alkoholischen Getränken,

Pommes und Schaschlik, - bewirtschaftet meint hier:

Du musst fürs Parken zahlen, berappen, Knete, Bares abdrücken...

Muss doch inzwischen jeder in Deutschlands Innenstädten. Jetzt bringt es aber Marburgs Käseblättche auf Punkt in seiner Headline vom Samstag den 24. März:

## „Auch Lehrer sollen fürs Parken zahlen“

So die Schlagzeile unseres Heimatkuriers. Ach, konnten die jetzt immer umsonst parken und ich musste an den Automaten? Euros abdrücken. ...und die, die sowieso in der Gehaltsliste gleich hinter dem Ackermann kommen parken umsonst ??? Nee,ne ?!

Jetzt aber im Ernst: es geht um die Parkplätze rund um die Schulen. Die Schulen gehören der Stadt Marburg und die Parkplätze auch. Viele Schulen sind zentral in der Stadt und die Parkplätze auch. Daher das zentrale Anliegen des Grünen Bürgermeisters: wer zentral parkt wird auch zentral zur Kasse gebeten. Nein, nicht gebeten...da steckt ein zweideutiger Begriff drin...der soll lohnen, Euros abdrücken...Ja, und das Geld, was dann die Pauker an die Stadtkasse abdrücken, steht dann dem städtischen Haushalt zur Verfügung und dann können endlich mal die Toiletten in den Schulen saniert werden, - ist doch widerlich zur Zeit, oder ?

Tschuldigung. Jetzt aber wirklich im Ernst ein Wort zum Franz, dem Kahlen von der Grün:

Wir, die GEW werden, sollten Sie, Herr Kahle und alle Anderen im Stadtparlament das so beschließen, dann während unserer Unterrichtszeit, wenn wir zum Beispiel von der Martin-Luther-Schule ans Phille müssen mit dem ÖPNV fahren. Wir stellen ja quasi unseren privaten PKW für Dienstfahrten zur Verfügung. Das hört dann auf. Schwergewichtige Unterrichtsmaterialien übergeben wir dem Hermes-Versand. Unser Beitrag zur Unterrichtsgarantie Minus.

Busfahren ist prima. Finden wir alle gut. Das finden auch die Schülerinnen und Schüler...Zum Sportunterricht werden wir dann die Schüler von der Adolf-Reichwein-Schule bitten mit dem Bus zum Richtsberg oder sonst wo hin zu fahren, wo gerade der Sportunterricht stattfindet...Busfahren alleine ist doch schon sportiv. Und in der Gruppe affengeil.

Na, ob das dann unsere Schüler so mit machen? Die sind doch noch grün hinter den Ohren. Und nen grünen Tisch kennen die nur von der Licher-Brauerei in der Gartenschänke, - gelle.



Lehrermobil: Wir fordern Dienstwagen für alle abgeordneten Lehrkräfte!

Wenn Entscheidungen "vom grünen Tisch" aus getroffen werden bedeutet das sie sind von der Realität entfernt und ohne Kenntnis der Praxis. Solchen Entscheidungen fehlt es bekanntlich oft an der nötigen Praxistauglichkeit.

Früher wurden Kanzlei- oder Verhandlungstische allgemein mit grünem Tuch oder Leder bezogen und daher ein Entscheidungsstandort. Manche behaupten die Redewendung soll auf einen mit grünem Samt bezogenen Tisch im Kurfürstenzimmer des Regensburger Alten Rathauses zurück gehen, einem Beratungszimmer in der Umgebung der Reichstage und des Immerwährenden Reichstags.

## Monika Frobels, Marburgs Vertreterin in der GEW-Fraktion im Hauptpersonalrat

„Für mich bedeutet verantwortungsvolle Personalratsarbeit, über den eigenen Tellerrand zu sehen und vernetzt mit Kolleginnen und Kollegen an aktuellen Themen zu arbeiten. In allen Schulformen und Professionen vereint uns derzeit der Kampf darum, dass Inklusion mit den notwendigen Ressourcen versehen wird und so gelingen kann. Es fordert Energie und Durchhaltevermögen, um unsere Interessen gegenüber der Arbeitgeberseite erfolgreich zu vertreten. Unsere Erfolge im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Kultusministerium haben wir nur mit der starken Gewerkschaft, der GEW, die hinter uns steht, erzielen können. Erfolge fallen Personalräten niemals in den Schoß, aber mit einem kompetenten Team aus allen Bereichen von Schule gelingt uns Personalratsarbeit! Für mich ist es deshalb auch selbstverständlich, in der GEW Verantwortung zu übernehmen. Ich gehöre meinem Kreisvorstand an, leite zusammen mit einem Kollegen das Referat Sozialpädagogik der GEW Hessen, bin Mitglied im Landes- und geschäftsführenden Vorstand und in der Landestarifkommission.“ Monika Frobels ist Diplom-

Sozialpädagogin und arbeitet seit 1989 an der Erich-Kästner-Schule, Schule für Körperbehinderte in Marburg. Nach achtjähriger Tätigkeit im Gesamtpersonalrat Marburg-Biedenkopf ist Monika Frobels seit



Monika Frobels

2004 Mitglied im HPRLL. Die Arbeitsbedingungen sozialpädagogischer Fachkräfte sind ein Schwerpunkt ihrer Arbeit. In den letzten Jahren ist es dem HPRLL gelungen, eine Richtlinie für die Tätigkeiten sozialpädagogischer Fachkräfte mit der Dienststelle auszuhandeln, die nicht nur der Professionalität der Kolleginnen und Kollegen entspricht, sondern auch die Arbeitszeit endlich hessenweit vergleichbar regelt und den tariflichen Ansprüchen genügt. Monika Frobels ist inzwischen hessenweit als Ansprechpartnerin für Kolleginnen und Kollegen, Schulen und ÖPR in Arbeitszeitfragen bekannt.

## „Zielvereinbarungen im Qualitätsentwicklungszyklus nach Schulinspektion“

Das hessische Kultusministerium gibt derzeit eine Handreichung zu den Zielvereinbarungen heraus, die nach der Schulinspektion zwischen den Staatlichen Schulämtern und den Schulen getroffen werden sollen.

Die Zielvereinbarungen werden vom HKM für gut geeignet erachtet, die schulische Qualitätsentwicklung „steuernd“ durch klar definierte Zeitvorgaben, Indikatoren und Evaluationsverfahren zu begleiten. Inspektionsergebnisse sollen durch Leistungsüberprüfungen ergänzt werden und sollen Wissen über das „objektive Leistungsniveau“ der Schule ergeben. Die Schulinspektion soll „Normdurchsetzung“ und „Rechenschaftslegung“ bewirken. Die grundlegende Erwartung ist, dass Schulen dank der externen Evaluation „besser werden“. Als Hilfen werden Schulentwicklungsberater angeboten.

Je mehr Schulen sich für Selbstständigkeit interessieren, umso weniger denn je wird ihnen offenbar zugetraut, dass Kollegien durch gemeinsames Beraten und Konferieren, durch Supervision, Teamarbeit und Fortbildung die Qualität von Schule weiterentwickeln. Pädagogische Freiheiten und Eigenverantwortung scheint es im Rahmen von sogenannter Selbstständigkeit gar nicht mehr zu geben. Auch von Eigenevaluation, die uns seinerzeit mit der Schulprogrammarbeit als höchstes Gut verkauft wurde, ist nicht mehr die Rede. Es geht um Kontrolle durch Inspektion, „Normdurchsetzung“ (Vergleichsarbeiten, zentrale Prüfungen...) und „Rechenschaftslegung“. Eine Regierung, die die „Einheitsschule“ so fürchtet, versucht den Schulen ihre Individualität zu nehmen, mit fragwürdigen Einheitsmethoden zu kontrollieren und zu messen. „Schulentwicklungsberater“ sind keine unabhängigen Berater. Sie müssen über die Staatlichen Schulämter kontaktiert werden. Der Inhalt der Beratung soll allein den Umsetzungsprozessen der Zielvereinbarung dienen.

In der Handreichung wird die Zielvereinbarung als „gemeinsames Festlegen anzustrebender Ergebnisse für einen bestimmten Zeitraum“ definiert. Die Schulämter sollen beim Festlegen der Zielvereinbarungen durch die zuständigen Aufsichtsbeamten vertreten sein, die Schulen durch den Schulleiter/ die Schulleiterin.

Der/die SL soll auf der Basis des zuvor

durchlaufenen Abstimmungsprozesses innerhalb der Schulgemeinde handeln. Die Zielvereinbarung soll innerhalb der Schule Fortsetzung finden zwischen SL, Teams und einzelnen Lehrkräften, z. B. im Rahmen von Jahresgesprächen. Das Schulprogramm legt das Arbeitsprogramm für die folgenden Jahre fest. Durch die Zielvereinbarung können sich weitere Entwicklungsschwerpunkte ergeben.

Kollegien werden mehr und mehr zu Getriebenen. Das Verfahren legt förmlich nahe, immer wieder neue Ziele zu formulieren, während die bereits beschriebenen auch weiterhin erfüllt werden müssen. Der Fokus wird viel zu wenig auf das gerichtet, was gut läuft und deshalb Zeit und Raum braucht, um gepflegt zu werden. Die von außen kommende Dauerforderung „besser [zu]werden“ ist außerordentlich demotivierend und in keiner Weise wertschätzend. Andere qualitätsverhindernde Faktoren wie z. B. die Klassengröße, die fehlende Zeit für außerunterrichtliche Tätigkeiten finden keinen Raum und sind im Rahmen der Zielvereinbarungen gar nicht vorgesehen. Das macht Mitarbeiter krank. Das sind Vorgehensweisen, die zum Burn-out führen.

Der Druck wird dabei hierarchisch strukturiert weitergegeben: Schulaufsicht > SL > Team > Lehrkraft. Die Absicht der Jahresgespräche, die angeblich auf Augenhöhe stattfinden sollten, wird hier entlarvt. Die SL soll dafür sorgen, dass die mit der Schulaufsicht getroffene Zielvereinbarung von den einzelnen Kolleginnen und Kollegen umgesetzt wird. Begrüßen kann die GEW, dass ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass der/die SL auf der Basis „des zuvor durchlaufenen Abstimmungsprozesses innerhalb der Schulgemeinde“ handelt. Das verlief nach der ersten Inspektionsrunde häufig zur Empörung der Kollegien anders. Sie bekamen in Konferenzen fertige Zielvereinbarungen von der SL vorgelegt und mussten sich mit Hilfe der Konferenzordnung und des HPVG zur Wehr setzen. Bezeichnend ist, dass in der Broschüre, die 21 Seiten umfasst, das Wort „Pädagogik“ nur ein einziges Mal auftaucht: im Vorwort der Kultusministerin. Deutlicher kann man nicht dokumentieren, worum es geht: Schulentwicklung ist Organisationsentwicklung - ausschließliche.

Moni Frobels



# Streiks bei Bund und Kommunen

6,5 Prozent mehr Lohn, mindestens 200 Euro mehr monatlich - das ist die Forderung der Beschäftigten bei Bund und Kommunen in der Tarifrunde 2012. Im März kam es bundesweit zu Warnstreiks, mit denen dem Verlangen der Beschäftigten Nachdruck verliehen werden sollte. Im Organisationsbereich der GEW beteiligten sich daran vor allem Erzieher und Erzieherinnen in Kitas, aber auch viele Sozialpädagogen und -pädagoginnen.

Bewusst hatten die Gewerkschaften in diesem Jahr sich ausschließlich auf eine reine Gehaltsforderung konzentriert und keinen bunten Strauß von Forderungen zusammengestellt. Auch das dürfte zum Erfolg der Warnstreiks, die bereits kurz nach der ersten Verhandlungsrunde Anfang März starteten, beigetragen haben.

Denn die Lohn- und Gehaltsentwicklung ist für die Beschäftigten in Deutschland ein echtes Problem: Preisbereinigt haben sie in den letzten zehn Jahren immer weniger in der Tasche. Zwischen 2000 und 2009 gingen die Reallöhne in Deutschland um 4,5 Prozent zurück, während sie in allen anderen EU- und in den allermeisten Industriestaaten zunahm (z.B.: Frankreich: +8,6 Prozent, Großbritannien: +14,0 Prozent; siehe DGB-Verteilungsbericht 2011). Dieser deutsche Sonderweg einer Lohnzurückhaltung diene alleine der heimischen Exportwirtschaft. Eine, nebenbei bemerkt, in den Auswirkungen verheerende wirtschaftspolitische Strategie, denn die dadurch erzeugten wachsenden Ungleichgewichte zwischen den Leistungsbilanzen der Euro-Staaten stellen eine wesentliche Ursache der gegenwärtigen Probleme in der Eurozone dar. Denn den Überschüssen der wirtschaftlich starken Länder entsprechen spiegelbildlich die zunehmenden Schulden der schwächeren Länder.

Nicht nur auf internationaler Ebene, sondern auch im nationalen Kontext sind die abhängig Beschäftigten in den letzten zehn Jahren weiter abgehängt worden. Während die preisbereinigten Nettogewinn- und Vermögenseinkommen zwischen 2000 und 2010 um mehr als 30% anstiegen - trotz des krisenbedingten Einbruchs 2008 und 2009 -, stagnierte die preisbereinigte Nettolohn- und -gehaltssumme im selben Zeitraum. Die Einkommensschere hat sich also zu-

ungunsten der abhängig Beschäftigten weiter geöffnet.

Vor diesem Hintergrund haben die Beschäftigten das erste, Mitte März vorgelegte Angebot der Arbeitgeber zu Recht als Unverschämtheit empfunden. Die offerierte zweistufige Gehaltserhöhung von „insgesamt 3,3 Prozent“ entpuppt sich wegen der vorgeschalteten Nullmonate und der zweijährigen Laufzeit als ein dürftiger Zuwachs von nominal 1,77 Prozent pro Jahr. Und damit als weiterer Realohnabbau!

Die klamme Finanzsituation vieler Kommunen überzeugt als Argument in dieser Situation nicht. Ohne die Steuer-senkungen für HocheinkommensbezieherInnen und Unternehmen seit 1998 hätten die Stadtkämmerer heute jährlich rund 7 bis 8 Mrd. Euro höhere Steuereinnahmen. In Hessen kommt die Kürzung des Kommunalen Finanzausgleiches durch das Land 2011 - die „Schuldenbremse“ lässt grüßen! - in Höhe von 344 Mio. Euro jährlich dazu. Warum sollten abermals die Beschäftigten in Kitas und Stadtverwaltungen die Zeche für diese völlig verfehlte Finanz- und Steuerpolitik zahlen?

Zudem sprudeln auch die Steuerquellen für die Kommunen wieder kräftiger. Für 2012 rechnet die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände bereits wieder mit einem Überschuss von rund 2 Mrd. Euro (ohne Stadtstaaten; Pressemeldung vom 14.2.2012).

Der Ausgang des Tarifkonfliktes ist bei Redaktionsschluss noch offen. Die Arbeitgeber haben erklärt, nicht ins Schlichtungsverfahren gehen zu wollen. Ähnliches gilt für die Gewerkschaften. Das mag man als Signal dafür lesen, dass eine Urabstimmung und weitere Streiks - dann nach Ostern - nicht unwahrscheinlich sind.



Rüdiger Bröhling

**Rüdiger Bröhling**  
**GEW- Sekretär für Tarif- und**  
**Besoldungsfragen**



Aktion des Gesamtpersonalrats für befristet beschäftigte Lehrkräfte vor dem Staatlichen Schulamt in Marburg.



# Aktiv für die Angestellten:



## Herkunftsprachlicher Unterricht braucht neues Konzept

Adnan Yildirim  
Mitglied im GPRLL

Ich bin 53 Jahre alt und in der Türkei geboren. Seit 32 Jahren lebe ich in Deutschland und seitdem bin ich im Landkreis Marburg - Biedenkopf zu Hause. 1985 wurde ich als angestellter Lehrer in dem Hessischen Schuldienst eingestellt. Zurzeit unterrichte ich an drei Schulen im Hinterland. Seit 2008 bin ich Nachrücker im Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrern beim Hessischen Kultusministerium in Wiesbaden und Mitglied im Schulpersonalrat.

Das Land Hessen stellt seit 1999 keine

Lehrerinnen und Lehrern mehr ein, die den Unterricht in den Herkunftssprache erteilen. Vorhandene Lehrkräfte müssen an mehreren Schulen herkunftssprachlichen Unterricht erteilen. Das führt zu enormen Belastungen der betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Die Einstellung der Lehrkräfte für herkunftssprachlichen Unterrichts muss wieder in die Hand des Landes Hessen genommen werden und zwar mit einem Konzept, das zur Situation des gesellschaftlichen und schulischen Zusammenlebens der Schülerinnen und Schüler passt..



## Qualifizierte Betreuungsangebote

Alfred Sälzer  
Alfred Wegener-Schule Kirchhain

Bildung muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern für alle Schüler verfügbar sein. Die Schule muss daher (kostenlose) Förder- und qualifizierte Betreuungsangebote an-

bieten, damit die Bildung dort stattfindet, wo sie hingehört: an die Schule! Damit verbunden muss eine Entlastung der Familien (Eltern) von schulischen Erfordernissen (Nachhilfe, Hausaufgabenbetreuung, usw.) erfolgen, damit die Kinder ein Leben neben der Schule führen können.



## Befristete Beschäftigte: die einen liegen am Badestrand...

Denise Kuhnt  
Sozialpädagogin, Mosaikschule Marburg

die anderen gehen zum Arbeitsamt. An der skandalösen Situation, dass die Sommerferien bei befristeten Tarif-Verträgen nur unter sehr eingeschränkten Voraussetzungen bezahlt werden, hat sich noch immer nichts geändert. Im Gegenteil, die Situation hat sich noch verschärft. Ab sofort werden die Ferien nur dann bezahlt, wenn der Anschlussvertrag vor den Ferien abgeschlossen wird, eine rückwirkende

Verlängerung des Vertrages ist künftig ausgeschlossen. Es ist zu befürchten, dass ein befristet Beschäftigter vor und nach den Ferien mit dem gleichen Anbindungsgrund, demselben Standort, sogar den identischen Klassen in den Ferien arbeitslos wird, weil die Schulen zu diesem Zeitpunkt noch nicht den genauen Bedarf abschätzen können. Wir werden auch weiterhin gemeinsam mit den Betroffenen den Protest organisieren und uns für menschenwürdige Arbeitsverträge einsetzen!



## Eintreten für die Gleichstellung

Helmut Jäckel  
Europaschule Gladenbach

Eintreten für die optimale Gleichstellung der angestellten Lehrkräfte in

den hessischen Schulen. Das heißt: Beamtenstatus für alle, die die Eignung und Voraussetzungen erfüllen! Unbefristete Verträge, gutes Geld für gute Arbeit!



Foto: Erich Schumacher





## **GESAMTPERSONALRAT**

### **UNSERE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN:**

**Angelika Gerschlauer**  
Freiherr-vom-Stein-Schule  
Gladenbach

**Maria Jacobsohn**  
Grundschule Marbach

**Wiltrud Lambinet-Potthoff**  
Gesamtschule Niederwalgern

**Heike Hüppner**  
Stadschule Biedenkopf

**Hille Kopp-Ruthner**  
Kaufmännische Schulen Marburg

**Katharina Denig**  
Alfred-Wegener-Schule Kirchhain

**Joana Becker**  
Grundschule Anzefahr-Niederwald

**Eva Mannshardt**  
Wollenbergschule Wetter

**Hartmut Möller**  
Landgräfin-Elisabeth-Schule  
Stadtallendorf

**Jürgen Hahn-Schröder**  
Elisabethschule

**Hans Braun**  
Wollenbergschule Wetter

**Friedhard Werner**  
Adolf-Reichwein-Schule Marburg

**Uwe Lange**  
Berufliche Schulen Biedenkopf

**Timo Steinert**  
Adolf-Reichwein-Schule Marburg

**Stefan Höhbusch**  
Martin-Luther-Schule Marburg

**Dieter Treffler**  
Perftalschule Steffenberg

### **Vertreter/innen der Arbeitnehmer**

**Denise Kuhnt**  
Mosaikschule Marburg

**Elke Eckert**  
Kaufmännische Schulen  
Marburg

**Anneliese Dehmel**  
Astrid Lindgren Schule  
Stadtallendorf

**Adnan Yildirim**  
Burgberg-Schule Friedensdorf

**Alfred Sälzer**  
Alfred-Wegener-Schule Kirchhain

**Helmut Jäckel**  
Freiherr-vom-Stein-Schule  
Gladenbach

Die weiteren Kandidatinnen und Kandidaten findet man unter [www.gew-marburg.de](http://www.gew-marburg.de)

*Wir kämpfen für bessere  
Arbeitsbedingungen*



**22./23. Mai  
GEW wählen!**

**Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverbände Marburg + Biedenkopf**